

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/64

Bonn, den 20. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Wahrheit durch Klarheit</u> Erhards schwerer Gang nach Paris Von Günter Markscheffel	51
2 - 3	<u>Um den Parteivorsitz der CDU</u> Schwierige Führungsaufgaben für den Nachfolger von Dr. Konrad Adenauer	68
4	<u>Fremde Geheimdienste in der Bundesrepublik ?</u> Studenten aus dem Iran verschwanden auf mysteriöse Weise	41
5	<u>De - Escalation...</u> "Pausen" im Vietnamkonflikt?	34

+ + +

Wahrheit durch Klarheit

Erhards schwerer Gang nach Paris

G.M. - Wenn Bundeskanzler Erhard demnächst mit Staatspräsident de Gaulle zusammentrifft, dürfte er eine harte Nuß zu knacken haben. Einerseits ist es das Bemühen der Bundesregierung, das deutsch-französische Verhältnis nicht zu verschlechtern, andererseits muß sie sich darauf einstellen, daß Frankreichs Staatspräsident den europäischen Integrationsprozeß zunächst nicht zu fördern gedenkt. Ursprünglich war daran gedacht, daß Altbundeskanzler Adenauer in einem Vorgespräch mit de Gaulle versuchen könnte, den Widerspruch im deutsch-französischen Verhältnis etwas aufzulösen. Ob das möglich gewesen wäre, bleibt dahingestellt; jedenfalls war in Bonn und Paris gleichermaßen der Hoffnung Ausdruck gegeben worden, Adenauer könnte unter gewissen Umständen die Atmosphäre ein klein wenig verbessern.

Die Chancen für das Zustandekommen einer Vereinbarung der sechs EWG-Partner im Sinne der Erfüllung der Römischen Verträge sind gering. Frankreichs Forderungen sind bekannt, und wenn sie von den übrigen fünf EWG-Partnern akzeptiert werden würden, müßte man sich zunächst mit der Feststellung begnügen, daß der europäische Integrationsprozeß blockiert ist. Was dann weiter geschehen könnte, ist völlig ungewiß. Einige der fünf EWG-Partner meinen, man sollte so tun, als ob nichts geschehen wäre und sollte "rein wirtschaftlich" weiter zusammenarbeiten. Andere glauben, daß die EWG-Arbeit auf der Grundlage eines Abkommens zwischen fünf Partnern fortgesetzt werden könnte und daß Frankreich als assoziiertes Land zu den Entscheidungen der Fünf hinzugezogen werden könnte. Beide Lösungen wären Hilfskonstruktionen, wobei hinsichtlich der zweiten Lösung noch damit gerechnet werden muß, daß Frankreich in diesem Falle schon einen Vorschlag dieser Art als Brückierung betrachten würde. Die politischen Folgen, die dann zu erwarten wären, sind im Augenblick kaum überschaubar.

Nun besteht zwischen Bonn und Paris der Elysee-Vertrag, d.h. ein Vertrag, der Frankreich und die Bundesrepublik verpflichtet, sich ständig im Sinne einer gemeinsamen Politik zu konsultieren. Aber was könnten diese Konsultationen bewirken, wenn die Politik beider Länder in entscheidenden Fragen völlig entgegengesetzt bleibt. Nur mit der Proklamation des guten Willens, das deutsch-französische Verhältnis immer besser zu gestalten, dürfte man wohl nicht viel weiterkommen.

Alle diese Fragen muß sich der Bundeskanzler vorlegen, wenn er mit Frankreichs Staatspräsident zusammentrifft und - wie man in der Diplomatensprache sagt - die Konsultation pflegt.

Der Bundeskanzler muß auch von seinem Gesprächspartner zu erfahren versuchen, wie dieser sich bei seinen demnächst stattfindenden Moskau-Besuch in bezug auf die Lösung des Deutschland-Problems und der europäischen Sicherheit zu verhalten gedenkt. Ob de Gaulle eine solche Frage überhaupt beantworten wird, ist zweifelhaft. Aber der Bundeskanzler wird die Frage stellen müssen, weil von ihrer Beantwortung nicht nur das bilaterale deutsch-französische Verhältnis beeinträchtigt werden könnte, sondern auch die weitere Zusammenarbeit im Rahmen der EWG und im Atlantischen Bündnis.

Die Entwicklung ist an einem Punkt angelangt, an dem nichts peinlicher wäre, als würde der Bundeskanzler nach seiner Rückkehr aus Paris wieder einmal erklären, er stimme mit seinem Gesprächspartner in allen entscheidenden Punkten überein. Besser als derartig nichtssagende Formulierungen ist Wahrheit durch Klarheit.

Um den Parteivorsitz der CDU

Schwierige Führungsaufgaben für den Nachfolger

r. - Mit dem Rücktritt Adenauers von Parteivorsitz der CDU, von ihm zwar erwogen, offiziell aber noch nicht ausgesprochen, verbinden sich für den Nachfolger schwierige Führungsaufgaben. Die Suche nach einer geeigneten Person ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil dieses inhomogene Parteigebilde schwierig zusammenzuhalten ist.

Der Patriarch von Röhndorf verhinderte ein Auseinanderklaffen der Gegensätze innerhalb der CDU. Es wäre naheliegend und im wohlverstandenen Eigeninteresse der CDU, wenn der Nachfolger im Kanzleramt, also Erhard, auch die Nachfolge im Parteivorsitz übernehmen könnte. Das ist aus mehreren Gründen jedoch nicht möglich. Unausgesprochen, doch mit von entscheidender Bedeutung ist, daß der konfessionelle Proporz in der CDU dann noch mehr zuungunsten der Mitglieder des katholischen Glaubensbekenntnisses verschoben würde. Schon jetzt gibt es erhebliche Spannungen in der CDU, weil wichtige Regierungsfunktionen von evangelischer Seite ausgeübt werden. Es darf nicht vergessen werden, daß nur etwa ein Drittel aller CDU-Mitglieder Nichtkatholiken sind. Unvermeidlich treten, neben weltanschaulichen Unterschieden, politische Divergenzen auf. Katholisch-konservative bzw. katholisch-soziale Kräfte stehen im Gegensatz zu evangelisch-neoliberalen Tendenzen. Natürlich gibt es auch hier fließende Grenzen; im allgemeinen lassen sich aber die gegeneinander wirkenden Kräfte in dieses Schema einfügen.

Das Unvermögen Erhards den Parteivorsitz zu übernehmen liegt aber auch in der Person des Bundeskanzlers selbst. Alles, was nach "Funktionären" aussieht, liegt außerhalb seines Denk- oder Einfühlungsvermögens, wobei es schwierig sein dürfte, zwischen seinen emotionalen Abneigungen gegen "Parteilungen" (wie es in altfranzösischen Sprachstil des Kanzlers heißt) und intellektuellen Auffassungen zu unterscheiden. Selbst wenn diese unüberwindlichen Hürden von Erhard übersprungen werden könnten, seine eigene Schwäche hindert ihn, eine kompakte politische Tätigkeit auszuüben.

Zitiert sei aus der Fülle nichtsozialdemokratischer Publikationen eine Stimme:

* "Aber der jetzigen Regierungspartei ist es versagt, auf eine
* Ideallösung zu spekulieren. Ludwig Erhard kann nicht Partei-
* vorseher werden, nicht nur, weil der derzeitige Bundeskanz-
* ler kein ausgesprochener Parteipolitiker ist, sondern weil die
* CDU sich nicht leisten kann und will, einen Mann an ihre Spit-
* ze zu stellen, dessen Schwächen als Regierungschef so offen-
* kundig sind, daß sie sich mit Leichtigkeit, da sie in seiner
* Persönlichkeit liegen, auf den Parteivorsitzenden projizieren
* ließen..."

(Stuttgarter Zeitung 18. 1. 1966)

Adenauer, der ein sehr deutliches Gespür für Macht und Persön-
lichkeit besitzt, wird mit seinem Anhang alles unternehmen, eine
"Machtergreifung" Erhards zu verhindern.

Praktisch bleiben, wenn die kommende Präsidiumssitzung der CDU
nicht noch eine Überraschung zu bieten hat, nur Barzel und Dufhues als
Kronprinzen für den Parteivorsitz übrig. Barzel hat zu erkennen gege-
ben, daß ihm zur Zeit nicht daran gelegen ist, den Parteivorsitz zu
übernehmen. Auch gegen ihn melden sich Bedenken, seine Stellung wei-
ter auszubauen. Von bestimmten Kreisen der CDU wird Barzels Aufbau als
Erhard-Nachfolger mit Mißtrauen beobachtet. Der erste Schuß ist be-
reits in einer großen illustrierten Zeitung in München gegen Barzel
als Kanzlerkandidat sehr deutlich geführt worden.

Bleibt Dufhues, der auch bis heute seine Zustimmung noch nicht
gegeben hat. Zwar wird ihm nachgesagt, daß er in der Zentralen Bonnt
die Organisation der CDU verbessert habe, ob er jedoch über genügend
Autorität verfügt, als dritte Kraft gegen Kanzler und Barzel sich
ins Spiel zu bringen, ist eine ungelöste Frage. Es besteht Gefahr, daß
ferner bei dem Trio: Erhard, Barzel und Strauß, Dufhues nur die zweite
Geige spielen kann. Die inneren Querelen der CDU erfordern einen stär-
keren Mann, als es Dufhues, auch bei wohlwollender Zübilligung seiner
sonstigen Fähigkeiten, nun einmal ist. Bei dieser Sicht bleibt unbe-
rücksichtigt, inwieweit Dufhues aus gesundheitlichen Gründen in der
Lage ist, sich voll dieser Aufgabe zu widmen. Auf alle Fälle wird der
Parteivorsitzende der CDU seine Rolle darauf beschränken müssen, aus-
gleichend zwischen den heterogenen Kräften zu wirken und das wird
seine Aktionsfähigkeit weitgehend einschränken.

Fremde Geheimdienste in der Bundesrepublik ?

Studenten aus dem Iran verschwanden auf mysteriöse Weise

sp - Ausländische Studenten in der Bundesrepublik insbesondere aus dem Iran, aber auch aus Marokko sind aufs äußerste beunruhigt. Im Sommer 1965 verschwand der Student Ali HAYATI aus Köln. Einige Zeit später wurde seine Leiche halb verkohlt in Brüssel aufgefunden. Offizieller Kommentar: Selbstmord!

Ende des Jahres 1965 verschwanden unter mysteriösen Umständen ein weiterer Kölner und ein Bonner Student aus dem Iran. Beide Studenten sind bis heute noch nicht aufgefunden worden. Die Bonner Politische Polizei, die den Fall bearbeitet, verweigert die Bekanntgabe von Einzelheiten, die zum Verschwinden der beiden Studenten geführt haben. Obwohl beide ihre gesamte Habe, einschließlich Rasierapparate, Geld u.a. zurückgelassen und auch keinen ihrer zahlreichen Freunde unterrichtet haben - lautet die Version der Bonner Politischen Polizei -, "daß die beiden persischen Studenten freiwillig und aus in ihrer Person liegenden Gründen ihre Aufenthaltsorte verlassen haben."

In Kiel mußte sich der Iranische Student Hassan MASSALI unter Polizeischutz stellen, weil er aus dem Iran einen Hinweis erhalten hatte, daß seine Verschleppung aus Deutschland vorbereitet werde. MASSALI und die anderen verschwundenen Studenten sind für ihre oppositionelle Haltung gegen das herrschende Regime im Iran bekannt. Der Iranische Geheimdienst SAVAK, der seinen Sitz in Köln hat, ist offensichtlich mit der Überwachung der Iranischen Studenten betraut.

Ob nur eine Zusammenarbeit zwischen deutschen Stellen und dem SAVAK in der Form von Amtshilfe besteht, ist ungewiß. Angeblich soll es ein Geheimabkommen mit der Iranischen Polizei geben. Iranische Studenten in der Bundesrepublik beschwerten sich darüber, daß Post, die innerhalb der Bundesrepublik verschickt wird, laufend von deutschen Stellen kontrolliert wird. Viele Briefe werden mit dem Vermerk "Versehentlich geöffnet" den Studenten zugestellt. Eine Reihe Briefsendungen ist überhaupt verloren gegangen. Es kann kaum angenommen werden, daß die deutsche Polizei Fachleute für die persische Sprache besitzt; es erhebt sich also die Frage: Werden die geöffneten - oder auch die ungeöffneten Briefe - dem Iranischen Geheimdienst zugeleitet, ehe sie den Studenten ausgehändigt werden? Wird hier ein Verfahren etwas außerhalb der Legalität praktiziert?

Angesichts dieser Überlegungen stellt sich die weitere Frage, ob sich nicht das Parlament einmal grundsätzlich mit der Tätigkeit fremder Geheimdienste in der Bundesrepublik auseinandersetzen sollte.

Glosse:

De - Escalation

EE.K. - "Laß ihnen eine Pause, um darüber nachzudenken!" Dieser Grundsatz der Politik des Weißen Hauses ist nicht neu. Er gilt auch für Ho Chi Minh. Was indessen darauf bezogen keine weltweite Verbreitung als Nachricht erfahren hat, ist die Li Than Ngi, einen der Funktionäre aus der Oligarchie Ho Chi Minns, in Warschau nach Hanoi mitgegebene Botschaft, daß eine "beiderseitige De-Escalation" möglich ist, die Lockerung der scharf angezogenen Schraube der Kriegshandlungen. Jeder der Beteiligten könne das Gesicht dabei wahren. Die De-Escalation würde schließlich die allgemeine Waffenruhe einleiten, im Norden und im Süden. Das buddhistische Neujahresfest biete den besten Anlaß. Ein sowjetischer Diplomat wies auf ähnliche Überlegungen hin, "die vielleicht auch die Regierung der UdSSR anstellt".

Die De-Escalation wäre tatsächlich der Anfang der politischen Lösung des Vietnam-Konflikts. Der Ho-Chi-Minh-Pfad würde nicht länger der Weg zum Einsickern regulärer nordvietnamesischer Verbände, der Kader von Guerillas und des Waffenschmuggels für den Vietkong sein. Nordvietnam müßte allmählich seine zum Süden eingesickerten regulären Truppen wieder zurücknehmen. Andererseits würden die USA von Bombenflügen gegen den Norden absehen. Die US-Air Force würde Saigon und Haiphong nicht bombardieren. Zur De-Escalation könnte durchaus die Entsendung sowjetischer Mittelstreckenraketen nach Nord-Vietnam beigetragen haben. Schelepin mag damit in der Sprache des nuklearen Zeitalters der Ansicht des Kremis Ausdruck geben wollen: Der Krieg ist in der Sackgasse! Der prolongierte Waffenstillstand würde weiter stillschweigend prolongiert. Das wäre die wesentliche Voraussetzung der De-Escalation. - Für die politische Lösung haben die USA in den 14 Punkten Johnsons bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Abzug der amerikanischen Truppen aus Südvietnam erklärt, vorausgesetzt, daß die kommunistische Aggression aufhört. Die Nationale Befreiungsfront soll an Friedensverhandlungen teilnehmen. Der Friede wäre am Konferenztisch zu erreichen. Die Frage bleibt offen: Wird Peking in die De-Escalation stillschweigend einwilligen? Es sieht nicht so aus. Andererseits könnte Peking für seine Rüstung, die noch im argen liegt, Zeit gewinnen. Zeitgewinn ist für alle alles.